

Bürgerliche Kantonsräte wollen Stadt zu Waidhaldetunnel zwingen

Die Fraktionen von SVP, FDP und CVP fordern den Bau einer Entlastungsrouten zur Rosengartenstrasse in Zürich – für 300 bis 400 Millionen.

Von **Roger Keller**

Zürich. – Damit auf der Rosengartenstrasse die geplante Tramlinie gebaut werden kann, muss der Autoverkehr weichen, zumindest teilweise. Deshalb ist FDP-Kantonsrätin Carmen Walker Späh (Zürich) überzeugt, dass es einen Waidhaldetunnel braucht, der den Verkehr an der Rosengartenstrasse vorbeiführt. In der Kommission für Planung und Bau (KPB) des Kantonsrates hat sie zusammen mit den Vertretern von SVP und CVP jetzt einen neuen Anlauf genommen: In einer Motion verlangt die KPB vom Regierungsrat, er solle einen Baukredit vorlegen. Kosten würde der Tunnel 300 bis 400 Millionen Franken. Walker Späh ist überzeugt: «Die Quartierbevölkerung hat die Nase voll vom Grabenkrieg um den Waidhaldetunnel. Es muss jetzt etwas gehen.» Sie selber sieht sich aber nicht als Akteurin in diesem Streit.

Hintergrund des Vorstosses von SVP, FDP und CVP ist ein Entscheid des Zürcher Stadtparlaments. Es strich dem Stadtrat einen Planungskredit für den Tunnel. Und die vom Kantonsrat im Verkehrsrichtplan

festgesetzte Variante ist nicht jene, die der Stadtrat favorisiert hatte. Damit hat der Stadtrat das Projekt unlängst als erledigt bezeichnet, und auch für die neue Tiefbauvorsteherin Ruth Genner (Grüne) hat der Tunnel keine Priorität. Darüber haben sich SVP, FDP und CVP geärgert und deswegen den Faden mit ihrer Motion neu aufgenommen. Sie verlangen damit von der Regierung faktisch, die Stadt Zürich zu einem Einlenken zu zwingen.

Neuaufgabe der Strassendebatte

Der Beschluss für die Motion war in der KPB sehr umstritten: Er stiess bei den Vertretern von SP, Grünen, GLP und EVP auf Widerstand und kam nur mit dem knappsten Resultat zu Stande (8:7). Kommissionspräsident Thomas Hardegger (SP, Rüm- lang) wird den Vorstoss daher im Kantonsrat nicht vertreten. Er hält ihn gegenüber der Stadt Zürich für «dicke Post» und sieht eine Gefahr, dass der Kanton Geld verloren würde. Denn der Bund habe den Tunnel noch nicht definitiv akzeptiert.

Damit ist eine Neuaufgabe der Strassendebatte im Kantonsrat zu erwarten – erneut entlang den unversöhnlichen Fronten wie 2007 beim Verkehrsrichtplan. Findet die Motion eine Mehrheit und kommt es tatsächlich einmal so weit, dass die Regierung einen Baukredit vorlegen muss, ist für Hardegger sicher, dass die Linken und Grünen mit einem Referendum eine Volksabstimmung herbeiführen würden.